

BEVER-BOTE

Stadt-Zeitung der SPD Jahrgang 2000 · Ausgabe 8

Darf
es für 'ne Millionen
mehr sein



Weigottwarum...

... die CDU nicht damit fertig wird, dass die Bürger ihren Brgermeisterkandidaten nicht gewählt haben. Also will sie jetzt einen neuen Beigeordneten einstellen. Kosten für eine Wahldauer von 8 Jahren: lumpige 1,1 Millionen DM Steuergelder. So sieht das jedenfalls die CDU. Wir, so tönt die CDU, haben doch die Mehrheit. Einmal in Fahrt, werden weitere 1,8 Millionen DM für die Poetischen Landschaften des Kreises bewilligt. Auf 20 Jahre! Pro Jahr mindestens 90.000 DM. Wir haben ja! Bitter nötig, dies sagt man nicht. (Fortsetzung S. 2)

Beverungen ist im 90 Mio. DM EU-Programm

Chancen jetzt nutzen

Die Stadt Beverungen wird bis zum Jahr 2005 durch die Auslauffrderung im Rahmen des Ziel 2-Programms 2000 - 2006 gefördert. Dies geht aus einem Schreiben des Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes NRW, Ernst Schwanhold, hervor, der jetzt auf eine SPD-Initiative geantwortet hat. Für die ehemaligen Ziel 5b-Gebiete in der Eifel und Ostwestfalen sind insgesamt 90 Mio. DM aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) reserviert worden. Hinzukommen kommen Kofinanzierungsmittel des Landes Nordrhein-Westfalen.

Nach dem vom Land bei der EU

eingereichten Programmwurf können diese u.a. für die Förderung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (bis 250 Beschäftigte), für die Entwicklung von Gewerbeflächen, für die Förderung des Tourismus, für Technologie und Innovation, für Existenzgründung, für die Technologie- und Qualifizierungsinfrastruktur, für Dorferneuerung, Umwelt- und Naturschutz eingesetzt werden. Die Genehmigung des Programms durch die EU-Kommission wird für Dezember 2000 oder Januar 2001 erwartet. Förderanträge sind nach den Richtlinien der jeweiligen Fachprogramme (Forts. S. 2)

Frohe
Weihnachten!
Uns allen
und unserer
Stadt Beverungen
ein
gutes Jahr 2001!

Ihre SPD

Fortsetzung Stadtschreiber

Aber natürlich soll auch die ACDCU von dem Beigeordneten profitieren. Der "Pressesprecher" der CDU-Fraktion lässt verlauten: Mit dem Beigeordneten wolle man ihr Programm "durchziehen". Übersetzt: Wenn man schon keinen Bürgermeister stellt, dann kann man so ganz nebenbei aus der Stadtkasse einen Bürgermeisterkandidaten finanzieren. Die Chance der Nichtbesetzung einer freiwerdenden Stelle wollte sie nicht nutzen.

Jedes CDU-Ratsmitglied hat mit seiner Entscheidung rd. 55.000,- DM bei 1,1 Millionen DM Gesamtkosten übernommen, zu Lasten aller Bürger. Grüßen Sie es schön.

Fortsetzung Seite 1

des Landes (z.B. regionales Wirtschaftsförderprogramm RWP) zu stellen. Der Minister empfiehlt, schon jetzt Projekte zu erarbeiten, damit die nur befristet zur Verfügung stehenden und degressiv gestaffelten Mittel wirksam genutzt werden können.

Die SPD-Fraktion wird diese Hinweise umgehend im Rat der Stadt Beverungen aufgreifen und entsprechende Initiativen entwickeln. Dies sei, so eine erste Stellungnahme der SPD-Fraktion, ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der Beverunger Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dieser Schritt reihe sich ein in die Maßnahmen, mit denen rd. 7,5 Mio. DM für die Stadthalle und das Gründerzentrum und anderes nach Beverun-

gen durch Aktivitäten der SPD geholt werden könnten. Das Land NRW habe hier konkrete Hilfe bewiesen.

Anlass für das Schreiben der SPD an den Minister war die besondere Lage der Stadt Beverungen im Dreiländereck von Nordrhein-Westfalen-Niedersachsen und Hessen. Der Anteil der Auspendler in der Region in benachbarte Gebiete, auch nach Niedersachsen und Hessen, ist ausgesprochen hoch. Die SPD hält Aktivitäten für erforderlich, die weit über lokale Positionen hinausgehen. Ein übergreifender Lösungsansatz sei dafür notwendig, um eine befriedigende Strukturpolitik umsetzen zu können. Für eine solche, nach vorn ausgerichtete Politik wird sich die SPD-Fraktion weiter einsetzen.

Beispiele, wie sich die Steuerentlastung auswirkt - auch bei Singels

Da kommt in den Familien richtige Freude auf

Heute ist unstrittig: Die Steuerreform war längst fällig. Und das sie greift, spürt man aller Orten. Vertrauen hat sich eingestellt. Unsere Tabelle macht deutlich, welche Auswirkungen in

den einzelnen Jahren bei einem Durchschnittsverdiener zu erwarten sind. Die Steuerreform ist gut für die Menschen, die Wirtschaft, neue Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Eine ledige Fachverkäuferin mit 40.000 DM Jahreseinkommen wurde 1998 durch die Steuer mit 6.367 DM belastet, sie wird im Jahr 2005 gegenüber 1998 um 1.930 DM entlastet. Ein verheirateter Malermeister mit einem Gewinn vor Steuern von 90.000 DM wurde durch Gewerbe-, Einkommens- und Solidarzuschlag mit 21.362 DM belastet, im Jahr 2005 wird er gegenüber 1998 um 5.641 DM entlastet. Der Eingangssteuersatz sinkt bis im Jahr 2005 auf 15 %, der Grundfreibetrag steigt auf 15.000 DM. Die Unternehmer können ihre Einkommensteuer durch eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer mindern. Ja, da kommt in vielen Familien und bei Singels richtige Freude auf.



CDU maßt sich Dinge an, die ihr nicht zustehen Solide Haushaltspolitik gefragt

Die Zahlen zum Haushalt 2001, die Bürgermeister Walter Herold und Kämmerer Willi Vössing bei Einbringung des Haushaltes bekanntgaben, sind alles andere als rosig. Auffällig: Die allgemeine Rücklage wird mit 7,18 Mio. DM praktisch aufgelöst. Nur ganze 80.000,00 DM bleiben im Topf. Rund 1 Mio. DM muss aber als Mindestrücklage vorhanden sein. Wer als Bürger sein Sparbuch so "plündern" muss, weis, was das bedeutet.

Aber kümmert das die CDU? Munter beschließt sie Ausgabenverpflichtungen. So beim Beigeordneten, bei den Poetischen Landschaften des Kreises. Sieht so eine solide Haushaltspolitik aus? Nein, sagt die SPD!

Peinlich, peinlich war in der Ratssitzung der Versuch des CDU-Pressesprecher Dierkes, der kläglich den Eindruck erzeugen wollte, nur die CDU löse alle Auf-

gaben und Probleme der Stadt. Bürgermeister Herold wies zu recht daraufhin, dass der Wiederaufbau der Stadthalle, die Realisierung des Gründerzentrums, der Erwerb von Gewerbe- und Wohnflächen und anderes von der Stadt und nicht von der CDU erledigt worden sind.

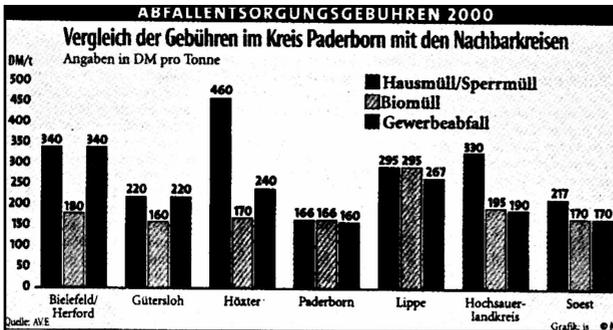
Es gehört schon eine Unverfrorenheit dazu, Leistungen anderer Menschen als die eigenen zu verkaufen. Deshalb der CDU noch einmal ins Stammbuch: Ohne die 7,5 Mio DM, die durch SPD-Aktivitäten nach Beverungen geholt wurden, gebe es keine so schöne Stadthalle, kein Gründerzentrum und anderes. Also: Es gäbe keine Aufträge für die heimische Wirtschaft für das Gründerzentrum, wenn nicht andere für die notwendigen Finanzen gesorgt hätten. Deshalb: Verschonen sie, liebe CDU, die Bürger mit leeren Worthülsen.

Beverungen schöner machen

Beverungen verschönern - Das ist das Ziel der SPD-Anträge für verschiedene Pflegemaßnahmen. Die Bushaltestelle "Zum Spring" soll neu angestrichen, Hecken und Sträucher an der Lindenstr. (Frontseite des Postgebäudes) und die Friedhofshecke (Grundschulbereich) zurückgeschnitten werden. Blumenbeete "In den Pölden / Ecke Lilienweg" sollen vom Unkraut befreit werden, ebenso soll ein Rückschnitt der Sträucher erfolgen. Die Erneuerungen der durch LKW's beschädigten Straßenlaternen im Bereich "Obere Nußbreite" wird ebenso beantragt wie die sachgerechte Schließung einer nur durch Bohlen gesicherten offenliegenden Gasleitung. Beseitigt werden soll auch der illegal abgelagerte Müll und Abfall im hinteren Teil des Bahnhofsgeländes, Nähe ehemalige Kabjoll-Gebäude.

Kreis Höxter: Spitzenreiter bei Müllkosten

Ein Vergleich der Abfallgebühren im Kreis Paderborn mit den Nachbarkreisen brachte es an den Tag: Der Kreis Höxter ist Spitzenreiter bei den Haus- und Sperrmüllgebühren. 460 DM pro Tonne Müll - das sind gegenüber anderen Kreisen Liebhaberpreise. Auf eine solche "Spitzenposition" können wir gerne verzichten.



Licht an

Um 22.00 Uhr wird das Licht ausgemacht und der Bürgersteig hochgeklappt. Diesen Spruch kennen Sie sicherlich. Das mit dem Licht ausmachen um 22.00 Uhr lernten die Mitbürger der "Unteren Nußbreite" kennen - aber nicht schätzen. Und Bürgersteige gibt es nicht mehr. Die Dunkelheit machte vielen Angst. Bezirksausschussmitglied Hubert Dunschen marschierte zum Bürgermeister und erreichte, dass die Laternen erst um 24.00 Uhr abgeschaltet werden. Energiesparen ist sicherlich richtig, aber nicht zu Lasten der Sicherheit.

Initiativen der SPD zur Verkehrsverbesserung

Straßenbau vorantreiben

Lange schon sind auch die Ortsumgehungen der B 83 in der Kernstadt und die der B241, von Borgentreich bis wenigstens vor die Tore Dalhausen, im Gespräch. Die Notwendigkeit ist unbestritten. **Die SPD-Fraktion** wollte es genauer wissen. Zusammen mit **Rainer Brinkmann, MdB**, unterrichteten sich **Eberhard Krause** und **Petra Engel-Pohl** beim Westfälischen Straßenbauamt in Paderborn vom Stand der Verkehrsplanungen in diesen beiden Abschnitten.

Vom NRW-Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, Ernst Schwanhold, kam zudem jetzt Post. Der Minister schreibt, dass es intensive Kontakte mit den zuständigen niedersächsischen Behörden zur

Abstimmung und Vorbereitung der Linienbestimmungen für den Weiterbau der B 83 (Ortsumgehung) gegeben hat. Im nächsten Jahr fällt die Entscheidung. Danach hat auch die Stadt Beverungen die Möglichkeit, weitere planerische Schritte in diesem Gebiet zu unternehmen. Für den **Ausbau der B 241 von Borgentreich bis Dalhausen** liegen die Planfeststellungsunterlagen dem Minister vor. Er erwartet, dass der Beschluss dazu im Frühjahr 2001 erlassen werden kann. Eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ausbau ist dann eingeleitet. Vorrang habe im Rahmen dieser Maßnahme zunächst der Bauabschnitt Borgholz-Dalhausen. Die SPD wird bei diesen Themen "dran bleiben".

Wohnumfeld in Amelunxen

Der SPD-Fraktionssprecher im Rat der Stadt Beverungen Eberhard Krause und Johannes Sass, SPD-Ratsmitglied, sowie die SPD-Bezirksausschussmitglieder Klaus-Dieter Steinmann und Dieter Duske besichtigten den Straßenbauabschnitt im Bereich Storm-, Löns- und Uhlendstrasse. "In diesem Bereich wurde ein guter Kompromiss zwischen Funktionalität, gutem Aussehen und Verkehrssicherheit erreicht," betonte Krause. Die Stadt Beverungen hatte mehrere Muster des möglichen Pflasters im Vor-



feld bereit gestellt und die Anwohner konnten entscheiden, wie diese Straßen in Zukunft aussehen sollten. Klaus-Dieter Steinmann (SPD) machte deutlich, das Amelunxen in diesem Bereich an Qualität gewonnen hat. Auch für den gelegentlichen LKW-Verkehrs, der nicht gewollt ist, wird es in Kürze zu einer Lösung kommen. "Es wird aber erst ab-

gewartet werden müssen, bis der größte Teil der Bebauung des Wöhrens abgeschlossen ist, bevor der Ausbau dieser Straßen

Kinderspielplatz

Im Neubaugebiet "Am Goldberge" soll nach einem Antrag der SPD ein Kinderspielplatz errichtet werden. Die Beschaffung der Spielgeräte sollen im Haushaltsplan 2001 eingestellt werden. Die SPD setzt sich damit für ca. 70 Kinder ein, die auf eine entsprechende Spielmöglichkeit warten und hoffen.

Freibad

Die Sanierung des Freibades steht seit langem auf der Tagesordnung. Die SPD fordert erneut Auskunft darüber, wann die Sanierung endlich beginnt. Besonders die sanitären Anlagen bedürften dringend der Erneuerung. Die SPD setzt sich ein für ein zeitgemäßes und modernes Städtisches Freibad, die Sanierung ist überfällig.

Industriegebiet

Neben lobenswerten Beispielen ist das äußere Erscheinungsbild des Industriegebietes in einigen Bereichen beklagenswert. Die SPD stellte deshalb die Anfrage, wer für die Pflege der Heckenanlagen und Bäume verantwortlich ist und wem die Reinigung der Bürgersteige und Straßen obliegt.

weitergehen kann." sagte Johannes Sass. Für das nächste Jahr kündigte er den Ausbau der Strasse "Am Kniggen" an. Auf der Prioritätenliste der Stadt Beverungen und seiner Ortschaften ist diese Maßnahme für das Jahr 2001 vorgesehen. Im vorgelegten Haushalt für das Jahr 2001 sind für diesen Ausbau 160.000 DM eingeplant.

Apell an die CDU-Haarbrück: Denkt um bei der Ortsdurchfahrt!

SPD setzt auf Vernunft!

Nach langem Warten soll mit dem Ausbau der stark renovierungsbedürftigen Ortsdurchfahrt im Jahre 2002 begonnen werden, die Kanalarbeiten beginnen bereits 2001. Die Durchführung dieser Maßnahme ist im Sinne aller Bürger.

Die Planung des Westfälischen Straßenbauamtes in Paderborn (WSBA), vorgestellt in der letzten Bezirksausschuss-Sitzung, sieht eine 6 m breite Fahrbahn (Bestand 4 - 5,5 m) und beidseitig 1,50 m breite Gehwege vor. Das ist aber nicht durchgängig machbar, da es mehrere "Engstellen" gibt, bei denen die Fahrbahn auf 6 m Breite fortgeführt, die Gehwege auf 1 m verengt werden soll. Dieser Vorschlag des WSBA wird von der CDU unterstützt.

Der Vorschlag des Planungsbüros Beltz sieht gegenüber dem WSBA vor, den Gehwegen Priorität gegenüber der Straße einzuräumen. Die Gehwege soll-

ten durchgängig auf eine Breite von 1,5 m, und die Straße auf 5,5 m ausgebaut werden. Die SPD und Mehrheit der Bürger befürworten den Ausbau der Straße nach den Vorschlägen des Planungsbüros Beltz. Hierbei wird die Fahrbahn komplett erneuert und von bisher 4 - 5,5 m auf durchgängig 5,5 m Breite erweitert. Das ermöglicht ein ruhiges Fahren, genügend Raum und für alle Verkehrsteilnehmer Sicherheit. Das kommt besonders den Kindern, älteren Menschen und den direkten Anwohnern der Straße zu gute.

Mit der neuen Straße werden wir die nächsten Jahrzehnte leben. Wir brauchen nicht die Fehler der sechziger und siebziger Jahre wiederholen. Alles dem schnell fließendem Autoverkehr unterzuordnen und dementsprechend breite Trassen durch die Städte und Dörfer zu schlagen. In den Dörfern, wo dies geschehen ist, werden seit 15 Jahren erhebli-

che Gelder investiert, um die Fahrbahnen zurückzubauen. Aus Fehlern sollte gelernt werden. Wir brauchen keine Rennstrecke durch Haarbrück. Es kann doch z.B. nicht sein, dass sich Fußgänger im Bereich des Friedhofs von durchfahrenden Fahrzeugen an die Mauer gedrängt fühlen. Hier sind alle Verantwortlichen in Ihrer Pflicht und Verantwortung. Die SPD appelliert an die CDU-Haarbrück: Denken Sie um beim Ausbau der Ortsdurchfahrt!

Es bleibt die Hoffnung, dass auch die CDU die Belange der Bürger berücksichtigt und nicht, wie es bisher scheint, die Interessen einer kleinen Klientel vertritt und dabei die Belange der Mehrheit weitestgehend außer Betracht lässt. Die Vernunft muss sich durchsetzen. Alle Bürger können dazu beitragen.

Der 9. November

Ein geschichtliches Datum, auch für Beverungen. 1918 wurde die Weimarer Republik ausgerufen. 1938 brannten die Synagogen in ganz Deutschland. 1989 war der Fall der Mauer. Auch in Beverungen wurde 1938 die Synagoge zerstört. Zahlreiche jüdische Mitbürger haben das Nazi-Regime nicht überlebt; sie fanden den Tod in den KZ-Lagern. Mit ihnen starben auch Theodor Roeingh, Reichtagsabgeordneter des Zentrums und der SPD-Vorsitzende, Johannes Diederich. Sie standen mit ihrem Namen für das bessere Deutschland. Fast wären diese Männer und Frauen in der Ratssitzung am 9. November unerwähnt geblieben, wenn nicht die SPD die Initiative ergriffen hätte. Die Erinnerungskultur muss auch in Beverungen gepflegt werden.

Postkartenaktion gegen CDU-Beigeordnetenstelle / Bürgerpflicht!

Widerspruch einlegen - Mitmachen!

Die CDU will im Haushalt 2001 eine Beigeordnetenstelle ausweisen. **Kosten für eine Wahlzeit: 1.1. Millionen DM.** Selbst Brakel oder Bad Driburg kommen ohne eine solche Stelle aus. **Hier geht es um ihr Steuergeld!** Beverunger Bürgerinnen und Bürger haben das gute Recht auf ihrer Seite, wenn sie gegen die Verschleuderung von Steuergeldern massiven Widerspruch einlegen. Wir alle sind nicht schutzlos der CDU-Mehr-

heit ausgeliefert. Gegen die breite Mehrheit der Bürgerschaft kann auch die CDU nicht regieren. Also: **Mitmachen bei der Postkartenaktion ist Bürgerpflicht, es geht um unsere Stadt und um ihr Steuergeld!** Helfen Sie mit, dass wieder Vernunft in die Stadt einkehrt. Geben Sie die Postkarte im Rathaus oder bei SPD-Rats- oder SPD-Bezirksausschuss-Mitgliedern ab, sie sind gerne behilflich. Oder senden sie sie direkt an den Rat der Stadt.

Warum brauchen wir eine Reform der Alterssicherung? / Frauen erwerben eigene Ansprüche

Fakten zur Reform der Alterssicherung 2000

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung verdoppelt und sie steigt erfreulicherweise weiter. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Geburten, so dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Versorgungsempfängern verschiebt. Kamen 1990 auf einen Rentner noch vier Erwerbstätige, werden es 2040 nicht einmal mehr zwei sein. 1960 lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei 11 Jahren; jetzt liegt sie bei 17 Jahren und steigt weiter.

Renten auf heutigem Niveau könnten für die jetzt 30 bis 40 jährigen in Zukunft ohne grundlegende Reformen nur gezahlt werden, wenn die Beiträge deutlich angehoben würden. Für die heutigen Rentner oder die bis 2010 in Rente gehen werden, ändert sich nichts. Sie nehmen ab 1.1.2001 mit der Rückkehr zum Nettolohnprinzip an der allgemeinen Einkommensentwicklung wieder teil.

Kernstück der Reform ist eine neue Säule im System, damit das Rentengebäude bis 2030 stabil stehen kann. Ab dem 1.1.2002 können alle Beitragszahler langsam eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge aufbauen. Alle 2 Jahre 1% vom Bruttogehalt, so dass 2008 die Endstufe erreicht wird. An dieser privaten Zusatzversorgung müssen sich die Arbeitgeber wie bisher nicht beteiligen, aber dafür gibt es direkte Zuschüsse oder Steuerbefreiung staatlicherseits. Jeder er-

hält das Recht, diese zusätzliche Säule als Entgeltumwandlung in Form einer betrieblichen Altersversorgung aufbauen. Wichtig für Arbeitnehmer in kleineren Betrieben, die bisher keine zusätzliche Altersversorgung aufgebaut haben. Zulagen werden als Höchstbeträge gewährt: 600,00 DM für Ehepaare, 300,00 DM für Ledige und je Kind 360,00 DM,

auf 19,1% und dann auf 18,8%. Bis 2020 bleibt er unter 20%. Damit die Beitragssätze aber erträglich bleiben, wird ein Ausgleichsfaktor eingeführt. Er setzt im Jahre 2011 mit jährlich 0,3% ein und erreicht 2030 seine volle Wirkung mit 6%. wenn die private Säule für alle Beteiligten aufgebaut ist.

Die Reform schafft einen Durchbruch für die Frauen: Es gibt künftig ein partnerschaftliches Rentenrecht in Form eines Rentensplittings durch eine gemeinsame Erklärung über die während der Ehe gemeinsam erworbenen Rentenansprüche. Gleichzeitig werden Kindererziehungszeiten angemessen angerechnet. Wer während der ersten 10 Lebensjahre des Kindes auf Teilzeit geht, dem wird trotzdem bis zu 100% des Durchschnittseinkommens angerechnet, wer bei zwei Kindern ganz aussteigt, erhält eine Höherbewertung seiner Beitragszeiten. Ein wichtiger und großer Schritt nach vorn.

Niemand muss mehr künftig zum Sozialamt gehen, wenn seine Rentenansprüche zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, dann übernimmt die Rentenversicherung die Antragstellung. Die bisher unterhaltsverpflichteten Kinder und Verwandten werden zudem nicht mehr in Anspruch genommen. Damit ist die Würde im Alter ebenso gesichert wie die soziale Grundsicherung.



wenn 4% Beitragshöhe erreicht ist.

Zentral für die Alterssicherung bleibt natürlich die umlagefinanzierte Rente, paritätisch finanziert von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Beitragssatz wurde schon von 20,3 auf 19,3% gesenkt, er wird weiter sinken auf

Ein Überblick über die Veränderungen

Neues beim Erziehungsgeld

Nach 14 Jahren ist das Bundeserziehungsgeld endlich reformiert. Die Einkommensgrenzen für das Erziehungsgeld werden angehoben und der Erziehungsurlaub flexibler gestaltet. Das reformierte Gesetz tritt Anfang 2001 in Kraft und gilt für

ELTERNZEIT:

Der bisherige Erziehungsurlaub wird künftig Elternzeit heißen. Mütter und Väter sollen ihn gemeinsam nehmen können. Es gilt eine verbindliche Anmeldung der Elternzeit für einen Zeitraum von zwei Jahren. Dieser kann unterteilt werden in bis zu vier Zeitabschnitte. Mit Zustimmung des Arbeitgebers kann das dritte Jahr der Elternzeit zwischen dem dritten und dem achten Lebensjahr des Kindes genommen werden, also auch bei Schuleintritt des Kindes. Will ein künftiger Vater bereits ab Geburt der Kindes in die Elternzeit gehen, dann muss dieser Wunsch sechs Wochen vor dem bescheinigten Geburtstermin erklärt werden.

TEILZEIT: Die dreijährige Elternzeit kann mit einer Teilzeitarbeit verbunden werden, deren zeitlicher Umfang für einen Elternteil bis zu 30 Wochenstunden betragen darf. Nutzen beide Elternteile das Teilzeitangebot, kann die wöchentliche Arbeitszeit bis zu 60 Stunden umfassen. Grundsätzlich sollen sich Arbeit-

nehmer und Arbeitgeber über den Umfang der reduzierten Arbeitszeit selbst verständigen. Die Anmeldefristen werden im Interesse des Arbeitgebers von vier auf acht Wochen verlängert. Die Teilzeitmöglichkeit gilt verbindlich für alle Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten.

Die Neuregelung soll auch erreichen, dass sich mehr berufstätige Väter an der Erziehung beteiligen. Bisher nehmen weniger als zwei Prozent der Väter Erziehungsurlaub.

ERZIEHUNGSGELD: Die seit 1986 unveränderten Einkommensgrenzen für das Erziehungsgeld - es beträgt maximal 600 DM und wird bis zum Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes bezahlt - werden wie folgt geändert: Für Eltern mit einem Kind ab dem siebten Lebensmonat wird die Grenze um 9,5 Prozent von 29.400 DM auf 32.200 DM angehoben. Für Alleinerziehende mit einem Kind wird sie um 11,4 Prozent von 23.700 DM auf 26.400 DM angehoben.

ZUSÄTZLICH erfolgt eine Erhöhung der Einkommensgrenzen beim Kinderzuschlag für jedes weitere Kind von derzeit 4.200 DM auf 4.800 DM ab 2001, ab 2002 auf 5.470 DM sowie ab 2003 auf 6.140 DM. Eltern, die sich für eine verkürzte Bezugsdauer von zwölf Monaten entscheiden, erhalten dann monatlich 900 DM statt 24 Monate lang 600 DM.



Das Ziel:

Weg vom Oel

Kein Weg führt daran vorbei: Die Vorräte an Erdöl sind begrenzt, daher müssen wir sorgsam mit dieser Energie umgehen. Vor allen Dingen müssen wir unabhängiger vom Öl werden. Beim Auto und durch bessere Wärmeisolierung.

Der Benzinpreis ist zwischen Dezember 1998 und September 2000 um 49 Pfennig gestiegen. Davon sind 12 Pfennig Ökosteuer, die zur Beitragssenkung der Rentenversicherung eingesetzt wurden. Wegen der hohen Mineralölpreise sollen alle Pendler eine differenzierte Entfernungspauschale zwischen 60 - 80 Pfennig erhalten. Heizkostenzuschüsse von 5 DM pro Quadratmeter erhalten: Empfänger von Wohngeld, Bafög-Empfänger und die Sozialhilfeempfänger. Übrigens: Die monatliche Mehrbelastung durch die Ökosteuer von rund 6 Mark (Benzin/Diesel, Strom und Umsatzsteuer) bei einem Bruttoeinkommen von 5.000 DM ist moderat.

Die Bundesregierung entlastet mit der Steuerreform die Bürger und fördert mit Millionenbeträgen erneuerbare Energien wie Wind, Sonne und Wasser. Verbraucher, Wissenschaft und Wirtschaft müssen mitmachen: Wir müssen in Zukunft mehr Güter mit einem geringeren Einsatz von nicht erneuerbaren Energien erzeugen. Den Energieverbrauch teurer machen und die Kosten der Arbeit senken - dazu gibt es keine Alternative. Die CDU-Haltung ist deshalb beschämend, blanker Opportunismus.

3,2 Prozent

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 28. November 2000 ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den ersten neuen Monaten des Jahres 2000 um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im 3. Quartal 2000 gegenüber dem Vorjahresquartal um 552.000 (+1,4 Prozent) zugenommen.

Die neuen Konjunkturdaten zeigen, dass sich der Wirtschaftsaufschwung im 3. Quartal 2000 fortgesetzt und an Breite gewonnen hat.

Die Analysten der Dresdner Bank unterstützen die Wachstumsprognose der Bundesregierung: "Für das Gesamtjahr 2000 bedeuten (die neuen Zahlen), dass ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent nun weitgehend gesichert ist." Dies sei die höchste Steigerungsrate in Deutschland seit zehn Jahren, so die Analysten der Dresdner Bank weiter. Das sind Fakten gegen Miesmacherei.

Herold soll Verhandlungen führen Betriebsgelände Kernkraftwerk

Die Abrissarbeiten auf dem Betriebsgelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Würgassen gehen zügig voran. Der Zeitpunkt naht, wo die Fläche einer neuen Nutzung zugeführt werden kann und muss. Für die SPD-Fraktion ist es nicht hinnehmbar, dass keine weitere Nutzung bisher ins Auge gefasst wurde. Sie stellte deshalb den Antrag, dass der Bürgermeister der Stadt Beverungen, Walter Herold, zusammen mit den Fraktionen des Ra-

Bildungsnotstand?

Die Beverunger, gleichgültig ob aus der Kernstadt oder den Ortsteilen, sie scheinen einen schlechteren Bildungsstand zu haben als Bewohner anderer Städte des Kreises Höxter. Diese Auffassung quält offensichtlich die CDU in Beverungen. Da will sie dann doch für Abhilfe sorgen. Also wurde eine "Bildungsinitiative" gestartet: Kinder und Jugendliche an die Computer. Obwohl man gelegentlich schon Sorge haben muss, ob die jugendlichen Freaks auch noch für anderes zu interessieren sind. Wer unter Bildung allerdings nur die Ausbildung zum Geldverdiener versteht, handelt konsequent, wenn er die Wege der jungen Menschen vollstelt, nur mit high-tech. Bildung ist aber mehr - viel mehr !! Sie zielt universal auf den ganzen Menschen.

Und hier krankt die CDU-Bildungsinitiative. Sie sagt Bildung und meint Ausbildung; Vermittlung von nützlichem Wissen für die Wirtschaft. Keineswegs unsinnig. Nur wer das will, der

soll das auch so sagen. Oder kennt man bei der CDU-Beverungen diesen feinen Unterschied nicht? Fast anzunehmen. Denn schon in ihrem Wahlprogramm trägt man die Bildung auf dem Schild und hat doch immer nur Ausbildung im Sinn. Unter diesen Ansätzen ist die Wirtschaft natürlich bereit, Spenden für das Projekt zu geben. Man erwartet dort einen Rückfluß - Profit.

Vor dieses mit Etikettenschwindel versehenen CDU-Projekt liess sich jetzt der Landrat als Schirmherr spannen. Und er finanziert sogar aus Kreismitteln die Einladungen zur Gründungsversammlung. Zumindest fragwürdig. Verwunderlich ist auch, daß zu diesem, wie sagt die CDU: einmaligen städtischen Projekt, nicht der erste Bürger der Stadt, der Bürgermeister, einlädt. Ja, er durfte nicht mal Grußworte sprechen, die sind u.a. dem CDU-Fraktionsvorsitzenden vorbehalten - man muss ja deutlich machen, wer hier was zu sagen haben will.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Stadtverband Beverungen

Verantwortlich:

Ernst Schade, Bevertrift 10, 37688 Beverungen, Tel. 05273 - 1831, Fax: 05273 - 35 100

Redaktion:

Emil Engel, Andreas Gauding, Dieter Heistermann, Manuel Pinto

E-Mail:

EmilEngel@t-online.de

Druck:

Kübler Galerie GmbH, Industriest. 7, 37688 Beverungen